

Anträge der BUS-Fraktion Meckenbeuren zum Haushalt 2020

Antrag 1:

Einrichtung einer Frühbetreuung bei den Ferienspielen Mini-Mecka

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung nimmt den Antrag der BUS aus 2018 wieder auf und schafft ein Angebot zur Frühbetreuung der teilnehmenden Kinder bei den Ferienspielen 2020 in einem Format ähnlich nachfolgendem Antrag aus 2018:

Antrag zum Verwaltungs-Haushalt 2018
Pkt. 1446.6681 Jugendarbeit – Ferienspiele

In diesem Haushaltsjahr finden wieder die allseits beliebten und begehrten Ferienspiele „Mini-Mecka“ statt. Für diese Ferienspiele beantragen wir einen Betrag X (von der Verwaltung abzuschätzen) für eine Frühbetreuung im Rahmen der 1-wöchigen Ferienspiele in der ersten Sommerferienwoche von Montag – Freitag, ab 7.30 Uhr, in den Haushalt einzustellen.

Begründung:

Wir wissen, dass es sich bei diesem Angebot um keine klassische Ferienbetreuung handelt. Im Zuge der Chancengerechtigkeit möchten wir jedoch auch Kindern, deren Eltern beide berufstätig sind, die Möglichkeit geben, dieses besondere Angebot wahrzunehmen. Wir finden, die Gemeinde sollte Ihren Beitrag dazu leisten, dass solch ein abwechslungsreiches, attraktives und beteiligendes Format wie Mini-Micka möglichst vielen Meckenbeurern Kindern offen steht.

Dabei möchten wir jedoch nicht, dass dies über die ehrenamtlichen Helfer abgedeckt wird. Wir können uns auch vorstellen, dass die Frühbetreuung vor allem für die jüngeren Kinder im Grundschulalter und in begrenzter Anzahl angeboten wird. Diese Betreuung soll keine weitere Attraktion sein, sondern in einer Form stattfinden, wie z. B. gemeinsames Frühstück und freies Spiel. Damit auch Kinder mit arbeitenden Eltern, gemeinsam mit ihren Freunden, deren Mutter o. Vater zu Hause ist, bei Mini-Mecka mitmachen können.

Antrag 2:

Umgestaltung der Bushaltestelle am Bildungszentrum Meckenbeuren

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bushaltestelle am Bildungszentrum so umzugestalten, dass die Bäume erhalten bleiben können, die Schüler dennoch die Freiflächen nutzen können und es bei Regen eine einfache Möglichkeit zum Unterstellen gibt.

Begründung:

Bei Veranstaltungen mit Jugendlichen, vor allem Schülerinnen und Schülern am Bildungszentrum, kam mehrfach der Wunsch auf, dass die Bushaltestelle umgestaltet werden soll.

Der Zugang zum Bus ist eher schmal, der Mülleimer ist ungünstig platziert, und daher benutzen die Schüler oftmals die Flächen um die Bäume. Dies führt dazu, dass sich dort „Matsch“ bildet und die Wurzeln der Bäume nun freigelegt sind.

Zudem gibt es bei Regen keine ausreichend große Überdachung im Wartebereich.

Nach dem Personenbeförderungsgesetz ist es Ziel, dass bis 1. Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit im ÖPNV erreicht werden soll. In diesem Zuge möchten wir, dass die Bushaltestelle entsprechend umgestaltet werden soll.

Im Haushalt sind für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen bereits 300 T€ eingestellt. Eine Umgestaltung der Bushaltestelle am BZM könnte über diesen Posten finanziert werden.

Antrag 3:

Installation von Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung bei Neubau von öffentlichen Gebäuden

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, künftig beim Neubau/Anbau von öffentlichen Gebäuden, die Installation von Photovoltaik-Anlagen zur Stromerzeugung für den Eigenverbrauch grundsätzlich mit zu planen und einzurichten. Dies gilt im Haushaltsjahr 2020 insbesondere für den Anbau an das Feuerwehrgerätehaus in Meckenbeuren und die Anschlussunterbringung im Hibiskusweg sowie für die geplante Kindertagesstätte in der Hügelstraße in Kehlen.

Begründung:

In Madrid findet derzeit die 25. UN-Klimakonferenz statt. Fast alle Regierungen der Erde beraten über den Kampf gegen die Erderhitzung. Die Hiobsbotschaften von dort überschlagen sich: 2010 bis 2019 war wohl das heißeste Jahrzehnt seit 1850. Während die Jugend der Welt für den Klimaschutz auf die Straße geht, bewegt sich Deutschland viel zu wenig wie wir am „Klimaschutzpäckchen“ der Bundesregierung sehen.

Gerade jetzt müssen die Kommunen mit gutem Beispiel beim Klimaschutz Vorreiter werden. Bereits im Mai 2017 haben die drei Gemeinden Meckenbeuren, Tettwang und Oberteuringen eine „Gemeinsame Erklärung zur Energie- und Klimaschutzregion“ unterzeichnet (siehe Anlagen). Als eines der Ziele wurde dort festgelegt: **„Ein Ökostromanteil für die kommunalen Gebäude und Straßenbeleuchtung von mindestens 50% wird von den Kommunen der Region angestrebt. Der Ökostromanteil für die kommunalen Gebäude und Straßenbeleuchtung setzt sich zusammen aus Ökostrombezug (gelabelt) bzw. Stromerzeugung mit eigenen Ökostromerzeugungsanlagen und Verbrauch in den kommunalen Gebäuden und Anlagen bzw. Einspeisung in das öffentliche E-Netz.“**

Als Zeithorizont für die Erreichung der Ziele wurde 2050 angestrebt. Das war 2017 nicht sehr ehrgeizig und ist angesichts der heutigen Entwicklungen völlig unzureichend. Es muss JETZT gehandelt werden und die Kommunen müssen alle ihre Möglichkeiten ausschöpfen, um zur Energiewende beizutragen. Dabei darf nicht die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund stehen, wobei unser Gespräch mit der Energieagentur Ravensburg am 12. Oktober auf der Oberschwabenschau durchaus bestätigt hat, dass die Stromerzeugung aus Sonnenenergie zum Eigenstromverbrauch ökonomisch und ökologisch ist.

Daher beantragt die BUS-Fraktion für den Haushalt 2020 der Gemeinde Meckenbeuren:

1. Installation einer Photovoltaikanlage zur Stromerzeugung für den Eigenverbrauch auf dem Dach Neubau Feuerwehrhaus Meckenbeuren.
2. Installation einer Photovoltaikanlage zur Stromerzeugung für den Eigenverbrauch auf dem Dach der Anschlussunterbringung im Hibiskusweg in Meckenbeuren.
2. Planung einer Photovoltaikanlage zur Stromerzeugung für den Eigenverbrauch auf dem Dach des geplanten Neubaus einer Kindertagesstätte in der Hügelstraße in Kehlen und Einstellen der Gelder in die Finanzplanung 2021 für die Installation derselbigen.

Die Finanzierung für 2020 kann z. B. durch den Verzicht auf die Erneuerung des Asphalt des Lehrerparkplatzes in Kehlen (30 T€) sowie Verzicht auf die Planung u. Leitungen des Parkplatzes „Grüne Schiene“ am Bahnhof als Festplatz (50 T€) erreicht werden.

Meckenbeuren, 04.12.2019

Anlage zu Antrag 3:

„Gemeinsam können wir es besser machen“

Tettngang, Meckenbeuren und Oberteuringen ziehen als Energie- und Klimaregion an einem Strang

Von Roland Weiß

MECKENBEUREN - Beim Thema Klimaschutz rücken die Gemeinden Meckenbeuren und Oberteuringen sowie die Stadt Tettngang enger zusammen. Die drei Bürgermeister haben gestern eine gemeinsame Erklärung zur Energie- und Klimaregion im Bodenseekreis unterzeichnet – der zweite Verbund dieser Art überhaupt erst in Süddeutschland, dem gerne – nach und nach – alle sieben Kommunen, die im Regionalwerk verbunden sind, beitreten dürfen.

Was konkret dahintersteckt, erläuterten Andreas Schmid (Meckenbeuren), Karlheinz Beck (Oberteuringen) und Bruno Walter (Tettngang) im Pressegespräch, bei dem Walter Göppel und Christina Günther die Sicht der Energieagentur sowie Geschäftsführer Michael Hofmann jene des Regionalwerks Bodensee beisteuerten.

Angesichts der fortschreitenden Erwärmung der Erdatmosphäre gelte es, auch auf regionaler Ebene Verantwortung zu übernehmen. Was die drei Kommunen mit dem Beitritt zum European Energy Award bereits tun – und während Oberteuringen die Rezertifizierung schon 2016 abgeschlossen hat, streben dies Montfortstadt und Schussengemeinde für dieses Jahr an.

Genügt das nicht? „Es macht Sinn, dass wir gemeinsam kämpfen, denn es geht um Synergien“, nannte Andreas Schmid als ein Motiv. Über das Praktische hinaus soll die neue Plattform aber auch ein Signal sein – dass Klimaschutz alle Bürger angeht.

„Zukunftsfähige Kommunalpolitik darf sich nicht auf den eigenen Kirchturm beschränken“, brach auch Karl-Heinz Beck eine Lanze für die Zusammenarbeit – wengleich er konkrete Umsetzungen bei seinem



Bringen die Energie- und Klimaregion Tettngang-Mecklenbeuren-Oberteuringen auf den Weg: von links Amtsleiter Rudolf Mayer, Andreas Schmid, Walter Göppel, Christina Günther (beide Energieagentur), Karlheinz Beck, Michael Hofmann (Geschäftsführer Regionalwerk Bodensee), Bruno Walter. FOTO: RWE

Nachfolger angesiedelt sieht. Bürgermeisterwahl ist in Oberteuringen am 24. September, und der 67-jährige Beck tritt nicht mehr an. „Vielleicht kann unser Beispiel dazu führen, dass andere Appetit bekommen“, hofft er mit Blick auf eine gemeinsame Energie- und Klimaregion.

ÖPNV ist wichtiges Feld

„Gemeinsam können wir es besser machen“, ist sich Bruno Walter im Sinne des „Voneinander Lernens“ sicher. Dabei sei es wichtig das Bewusstsein zu schaffen respektive zu stärken – etwa für den ÖPNV, bei dem es regional zu denken gelte, wie Andreas Schmid bekräftigte. Was

Tettngang und Meckenbeuren schon bei den anstehenden Umstrukturierungen „Stadtbus/Rufbus“ tun wollen – etwa indem der Meckenbeurer Bahnhof für die Tettnganger und das dortige Krankenhaus für die Meckenbeurer besser erreichbar wird.

„Eng beisammen“ sieht auch Walter Göppel die drei Kommunen. Der Geschäftsführer der Energieagentur Ravensburg/Bodenseekreis skizzierte die gemeinsame Erklärung als ersten Schritt, dem am 12. Juli in Oberteuringen die erste Energie-teamsitzung folgen werde, zu der die drei Rathäuser je einen „Fachmann“ entsenden, der sich mit Experten von Energieagentur und Regionalwerk

auswechselt. Gemeinsame Aktionen und Projekte sollen daraus entstehen. Als erster konkreter Schritt stehen „Wärmebedarfs- und CO₂-Analysen“ im Raum. Sie sollen bis Ende 2017 Aufschluss geben, wie die Situation in welchem bestehenden Quartier ist – wo beispielsweise eine zentrale Energieversorgung sinnvoll ist. Zudem – neben dem Austausch von Erfahrungen und Know-how – beispielhaft genannt: der Austausch von Heizungspumpen, der Ausbau der Radinfrastruktur und eine intensivierte Sanierung von Altbauten, die laut Göppel in der Region rund 70 Prozent ausmachen und ein „Riesenzentrum“ darstellen.

„Ich finde dieses Netzwerk klasse“, kamen Vorschusslorbeeren von Michael Hofmann. Der Geschäftsführer des Regionalwerks Bodensee sah auch keinen Zielkonflikt mit seinem Unternehmen – sei es doch längst nicht mehr dessen primäres Ziel, „möglichst viel Energie zu verkaufen“, sondern „Lösungen für unsere Kunden anzubieten“.

Zur gemeinsamen Erklärung gehört, dass Ziele benannt werden, die bis 2050 anzustreben sind, so ein Ökostromanteil für kommunale Gebäude und Straßenbeleuchtung von mindestens 50 Prozent.